

## Presseinformation vom 10.2.2025

### **„Große Koalition der Abzocker“: Bürgerliste kritisiert SPD, CDU, FDP und Linke für unsoziale Erhöhung der städtischen Grundsteuer.**

Die Bürgerliste für Goslar und Vienenburg kritisiert die gemeinsam von SPD, CDU, FDP und Linken durchgesetzte Erhöhung der städtischen Grundsteuer. Die „ungewöhnliche Koalition“ hatte in der letzten Ratssitzung des Jahres 2024 eine Erhöhung des Hebesatzes beschlossen, die auch Mieterinnen und Mieter betrifft. Zugleich hält die Bürgerliste den Fraktionschefs der SPD anlässlich ihrer Presseverlautbarung zu den teilweise drastisch angehobenen, neuen Grundsteuerbescheiden „gespielte Empörung“ und „bewusstes Vertuschen der sozialdemokratischen Verantwortung“ bezüglich der aktuellen Situation vor.

Bürgerlisten-Ratsherr Henning Wehrmann verweist auf den Ratsbeschluss von Anfang Dezember letzten Jahres, in dem die Goslarer SPD gemeinsam mit CDU, FDP und Linken beschlossen hatte, die Neuordnung der Grundsteuer für eine zusätzliche, ungerechtfertigte Generierung von Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt zu nutzen. Die Bürgerliste spricht in diesem Zusammenhang von einer „großen Koalition der Abzocker“, die angetreten ist, um den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer trifft auch Mieterinnen und Mieter, da diese Steuer üblicherweise in die Nebenkostenabrechnungen einfließt.

Die Bürgerliste erinnert daran, dass sowohl die Fraktionen im Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag für eine „Aufkommensneutralität“ bei der Neuordnung der Grundsteuer eingetreten waren. Das hätte für Goslar bei gleichbleibenden Steuereinnahmen eine allgemeine Absenkung des Hebesatzes von 460% auf 395% zur Folge gehabt. Der Ratsmehrheit aus SPD, CDU, FDP und Linken war das aber nicht genug, weshalb sie einen neuen Hebesatz von 430% festsetzte, was immerhin einer Erhöhung um 8,8% entspricht, die nur in Goslar – in anderen Städten aber nicht – gezahlt werden muss. Das Verschweigen dieser Zusammenhänge durch die Goslarer Sozialdemokraten, bezeichnet die Bürgerliste als dreisten Vorgang absichtlicher und gewollter Verdrängung.

Im Übrigen stammt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bereits aus dem Jahr 2018. Die Gesetzgeber hätten also genügend Zeit gehabt, die Anpassung der Grundsteuer in bürgerfreundlicher Form umzusetzen und unbillige Härten zu vermeiden. Dass dies nicht geschehen sei und die Neuregelung erst zum letztmöglichen Zeitpunkt erfolgte, hat unter anderem der damalige SPD-Finanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz zu verantworten. Auch das verschweigt die Goslarer SPD mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl.